

# LEISTUNGEN, BELASTUNGEN UND GEFÄHRDUNGEN DER DEMOKRATIE IN DER ERSTEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

Von *Manfred Alexander*

Die Demokratie in der Ersten Tschechoslowakischen Republik von 1918 bis 1938 hat nur selten eine positive Beurteilung erfahren<sup>1</sup>; die Mehrzahl der publizistisch tätigen Zeitgenossen verharnte in parteipolitischen Konflikten oder in legendenhafter Selbststilisierung<sup>2</sup>; die Vertreter der Minderheiten reduzierten die Demokratie auf einen Machtkampf der Sprachgruppen, und die marxistische Historiographie lehnt das ganze System — in unterschiedlichem Maß<sup>3</sup> — als Klassenherrschaft generell ab. Zwar wird oft die Tatsache erwähnt, daß die Erste Tschechoslowakische Republik bis zu ihrer Zerschlagung durch auswärtige Mächte eine funktionierende Demokratie war und als einziger neuer Staat in Mittel- und Osteuropa die Freiheiten der Bürger bewahrte, aber eine Würdigung dieser Tatsache wird meist sogleich durch eine viel umfangreichere Bestandsaufnahme ihrer Defekte verdeckt. Während in der Bundesrepublik Deutschland die Weimarer Republik eine positive Neubewertung und manchmal auch eine Idealisierung erfuhr, blieb eine solche Neubewertung der tschechoslowakischen Demokratie im Lande selbst und bei den meisten Historikern außerhalb bis heute aus<sup>4</sup>. Im folgenden soll versucht werden, einige der Gründe für diese Unterschätzung aufzuzeigen und zu analysieren.

<sup>1</sup> Durchaus positiv: *Mamatey, Victor S. / Luža, Radomír* (Hrsg.): *A History of the Czechoslovak Republic. 1918—1948*. Princeton/N. J. 1973; deutsch: *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. 1918—1948*. Wien-Köln-Graz 1980 (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes); hier wird die deutsche Fassung zitiert, deren Übersetzung nicht immer zufriedenstellend ist, die aber eine bessere Bibliographie besitzt. — Zurückhaltender in der Bewertung: *Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder*. Hrsg. v. *Karl Bosl*. Bd. 4: *Der Tschechoslowakische Staat im Zeitalter der modernen Massendemokratie und Diktatur*. Stuttgart 1970. — *Hoensch, Jörg K.*: *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. 1918—1978*. 2. verb. und erw. Aufl. Stuttgart u. a. 1978.

<sup>2</sup> Von der älteren Literatur am informativsten: *Klepetař, Harry*: *Seit 1918 ... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik*. Mährisch-Ostrau 1937. — *Peroutka, Ferdinand*: *Budování státu. Československá politika v letech popřevratových* [Der Aufbau des Staates. Tschechoslowakische Politik in den Jahren nach dem Umsturz]. 5 Bde. 2. Aufl. Prag 1934—36.

<sup>3</sup> Am besten: *Olivová, Věra*: *The Doomed Democracy. Czechoslovakia in a Disrupted Europe. 1914—1938*. London 1972. — *Dies. / Kvaček, Robert*: *Dějiny Československa od roku 1918 do roku 1945* [Geschichte der Tschechoslowakei von 1918 bis 1945]. Prag 1967.

<sup>4</sup> *Brügel, Johann Wolfgang*: *Tschechen und Deutsche. 1918—1938*. München 1967. Der Wert der Arbeit wird leider durch Polemik geschmälert, s. die Rezension des Verf. in *JbGO* 25 (1977) 466 f.

Nach dem erstaunlich ruhigen Umschwung und der Ausrufung des neuen Staates am 28. Oktober 1918 etablierte sich die neue Staatsmacht mit raschen und energischen Maßnahmen in den beanspruchten Gebieten — im Westen in den historischen Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien<sup>5</sup>, im Südosten in der Slowakei gemäß ethnischen und militärstrategischen Gesichtspunkten. Die Vertreter der Großmächte haben dann in den Pariser Vorortverträgen im wesentlichen den bereits erreichten Status quo auf neuer Rechtsgrundlage bestätigt<sup>6</sup>. Die innere Ordnung im Lande wurde zunächst durch die Revolutionäre Nationalversammlung geprägt, die zu einem Teil aus vor dem Krieg gewählten Abgeordneten und aus weiteren ernannten Personen bestand<sup>7</sup>; sie schufen die Verfassung vom 29. Februar 1920, die mit demokratischen Wahlen am 18. April 1920 ihr Eigenleben begann. Leitbild der Verfassungsgeber war der französische Nationalstaat<sup>8</sup>, der den Staatsbürgern ungeachtet gesellschaftlicher Unterschiede die gleichen politischen Rechte gewährte und sie durch freie, geheime und gleiche Wahlen über ihre Abgeordneten auf der Ebene der Kommunen, der Bezirke<sup>9</sup> und des Gesamtstaates zum Souverän des Staates machte. Das Parlament, bestehend aus Nationalversammlung und Senat, wählte den Staatspräsidenten<sup>10</sup>, der gemeinsam mit der von der Nationalversammlung zu wählenden Regierung die übrigen Organe des Staates mit Amtsträgern versah. Diese demokratische Struktur blieb bis zur Zerstörung des Staates unangetastet.

Diese Beschreibung erfaßt jedoch nicht die gesamte politische Wirklichkeit in der Tschechoslowakei. Die Verfassung regelte zwar das formale Verfahren des politischen Geschäftes, aber sie sah von der gesellschaftlichen Vielfalt der Staatsbürger ab, setzte eine hohe politische Reife der Staatsbürger voraus und stand infolgedessen in manchem im Widerspruch zu den traditionellen politischen Verhaltensweisen<sup>11</sup>. Die Gesellschaft der Tschechoslowakei setzte die polyethnische Struktur der alten Habsburger Monarchie auf kleinerer Ebene fort und bewahrte damit auch deren Probleme<sup>12</sup>: die Ungarn konnten für den Staat nie gewonnen werden; die Slowaken

<sup>5</sup> Zahlreiche Einzelberichte in: Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil I: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918—1921. Berichte des Generalkonsuls von Gabsattel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander. München-Wien 1983 (Veröffentl. des Collegium Carolinum 49/1); im folgenden zitiert: Gesandtschaftsberichte I.

<sup>6</sup> Perma n, Dagmar: The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia. 1914—1920. Leiden 1962.

<sup>7</sup> Lipscher, Ladislav: Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918—1939. München-Wien 1979, 22 (Veröffentl. des Collegium Carolinum 34).

<sup>8</sup> E b e n d a 39.

<sup>9</sup> Zur Kombination von Wahl und Ernennung e b e n d a 97.

<sup>10</sup> E b e n d a 71.

<sup>11</sup> Alexander, Manfred: Die „Burg“ und die Deutschen. In: Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš. Hrsg. v. Karl B o s l. Bd. 2. München-Wien 1974, 59—77.

<sup>12</sup> Die Zahlen nach der Volkszählung von 1921: Gesamtbevölkerung des Staates 13 374 364; davon „Tschechoslowaken“ 8 760 937 (65,31 %), Deutsche 3 123 568 (23,36 %), Ungarn 745 431 (5,57 %), Ukrainer und Russen 461 849 (3,45 %), Juden 180 855 (1,35 %), Polen 75 853 (0,57 %), andere 25 871 (0,19 %); Zahlen nach M a m a t e y / L u ž a 1980, Tabelle 1, nach S. 56.

entfremdeten sich zunehmend von Prag bis zur Forderung nach Sezession; die Deutschen waren — nach anfänglich mehrheitlicher Ablehnung — zu einer halbherzigen Zusammenarbeit bereit, bis sie schließlich mehrheitlich dem Wunsch nach Sezession folgten. Während die Verfassung von den politisch gleichen Staatsbürgern ausging, sahen die Minderheiten die Organe des Staates als Zwangsinstitutionen an, die eine Verwirklichung eigener politischer Selbstgestaltung verhinderten.

Nun erscheint es aber als zu eng, die Probleme der Demokratie in der Tschechoslowakei auf die Minderheitenfrage zu reduzieren. Das politische Verhalten der Minderheiten definierte sich negativ, d. h. sie entwickelten ein einheitliches politisches Bewußtsein<sup>13</sup> gegen den Staat und gegen die Herrschaft Prags erst im Prozeß der Auseinandersetzung mit der Demokratie und mit den tschechischen Parteien als einem Machtkartell im Staat<sup>14</sup>. Die Ausübung politischer Rechte durch die Staatsbürger wurde über die Parteien vermittelt, eine normale Erscheinung der modernen Demokratie. Die Tschechoslowakei befand sich auch, was die Zahl von 16 Parteien (1925) im Parlament angeht<sup>15</sup>, durchaus im Bereich des damals Üblichen<sup>16</sup>. Polen übertraf mit 32 Parteien im Parlament (1929) die Tschechoslowakei bei weitem<sup>17</sup>. Auch die Zahl der Regierungen — insgesamt 18 in den 20 Jahren bis zum Münchener Abkommen — spricht für eine ähnliche politische Instabilität wie in der Weimarer Republik und in Polen. Dieses Bild täuscht jedoch, wie eine nähere Betrachtung beweisen soll.

Geht man von der Mandatsverteilung durch die Wahl von 1925 aus und betrachtet das Parteienspektrum im Tschechoslowakischen Parlament, so folgen auf die einzige übernationale Partei, die Kommunisten mit 41 Abgeordneten auf der Linken, auf seiten der tschechischen Parteien folgende: die Sozialdemokraten mit 29 Abgeordneten, die nationalen Sozialisten mit 28, die Gewerbetypen mit 13, die

<sup>13</sup> In der Slowakei entwickelte sich ein eigenständiges politisches Denken erst in Abkehr von Prag. Die Abgeordneten der Deutschböhmern fanden sich — trotz verbaler Ablehnung des tschechoslowakischen Staates — zuerst im Parlamentarischen Verband zusammen, jedoch ohne die deutschen Sozialdemokraten; vgl. Gesandtschaftsberichte I Dok. 107. Erst später wird der Begriff „sudetendeutsch“ zum Zeichen einer nationalen politischen Einheit. Vgl. Brügel 1967, 116—119. — Hoensch 1978, 48. — Alexander: Die „Burg“ 1974.

<sup>14</sup> Hierzu der Sammelband mit dem glücklich gewählten Titel: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 24. bis 27. November 1977 und vom 20. bis 23. April 1978 (zitiert Parteienstaat). Hrsg. v. Karl B o s l. München-Wien 1979. — Vgl. Lipscher 1979, Kap. IV.

<sup>15</sup> Die Mandatsverteilung e b e n d a 195 f. — Überblick über die Parteien und ihre Geschichte: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter hrsg. v. Frank W e n d e. Stuttgart 1981, 677—713, 862—865. An der Wahl hatten sich 29 Parteien beteiligt. Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 20.

<sup>16</sup> In der Weimarer Republik waren — ohne die ethnischen Unterschiede! — 1928 ebenfalls 16 Parteien im Reichstag; T o r m i n, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 2. Aufl. Stuttgart u. a. 1967, Anhang.

<sup>17</sup> 1925 waren in Polen 92 Parteien eingetragen; in den Sejm gelangten 32 Parteien, die sich in 18 Klubs organisierten; P o l o n s k y, Antony: Politics in Independent Poland. 1921—1939. The Crisis of Constitutional Government. Oxford 1972, 52. — Zur Übersicht s. W e n d e: Lexikon z. Gesch. d. Parteien 1981, Stichwort Polen.

Agrarier mit 45, die christlich-soziale Volkspartei mit 31 und die rechte Nationaldemokratie mit 13 Abgeordneten. Auf deutscher Seite entsprechen diesen mit ähnlichem Programm und oft namensgleich von links die Sozialdemokraten mit 17, die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) mit 7, der Bund der Landwirte mit 24, die Christlich-Sozialen mit 13 und die Deutsche Nationalpartei mit 10 Abgeordneten. Das Bild komplettieren noch 23 Slowaken, 4 Ungarn, 1 Pole und ein Vertreter einer Splittergruppe<sup>18</sup>. Der erste Eindruck der Parteienzersplitterung muß also dahingehend korrigiert werden, daß neben einer übernational organisierten Partei und den auf bestimmten ethnischen oder regionalen Besonderheiten begründeten Parteien zwar die Blöcke der tschechischen und deutschen Parteien einander gegenüber stehen, diese Blöcke aber auf die Weise aufzulösen sind, daß fast jede Partei ihr Pendant auf der anderen Seite der Sprachgrenze besitzt. Diese teils aus der österreichischen Zeit stammenden, teils neugegründeten Parteien lassen sich in klassische Interessenparteien (Sozialdemokraten, Agrarier), teils in Gesinnungsparteien (Christlich-Soziale, Nationaldemokraten) einteilen<sup>19</sup>. Vergleicht man dieses moderne und gut strukturierte Bild mit der in der gleichen Zeit fast unüberschaubaren Fülle der polnischen Parteien, so fällt die Stabilität des tschechoslowakischen Systems auf<sup>20</sup>; in Polen ist demgegenüber ein archaisches Parteiwesen zu finden, das sich eher aus Klientelverbänden regionaler Führungspersönlichkeiten ableitet, denn als Programmparteien definiert werden kann. Gegen das meist verwendete Diktum der Parteienzersplitterung in der Tschechoslowakei<sup>21</sup> soll hier eine relative Stabilität<sup>22</sup> des tschechoslowakischen Parteiensystems betont werden.

<sup>18</sup> Parteien und ihre Mandate nach der Wahl zum Tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus 1925:

KP	tschechische Parteien						Slow.	Ung.	Sonst.
	SD	N. Soz.	Gewerbep.	Agrar.	Christl.	ND			
41	29 <sup>a</sup>	28 <sup>a b</sup>	13 <sup>a b</sup>	45 <sup>a b</sup>	31 <sup>a b</sup>	13 <sup>a</sup>	23 <sup>b</sup>	4	2
	SD	DNSAP*		BdL	Christl.	DNP			
	17	7		24 <sup>b</sup>	13 <sup>b</sup>	10			
	deutsche Parteien								

\* vom Programm her der DNP zuzuordnen; SD u. a. — in der *pětka* vertreten; im 1. Kabinett Švehla vertreten (7. X. 1922 — 16. XI. 1925) a; im 2. Kabinett Švehla vertreten (12. X. 1926 — 1. II. 1929) b. Zahlen nach Lipscher 1979, 195 f.

<sup>19</sup> Den tschechoslowakischen nationalen Sozialisten weist Brandes sogar den Charakter einer modernen Volkspartei zu: Brandes, Detlef: Die tschechoslowakischen National-Sozialisten. In: Parteienstaat 1979, 101—153, hier 153.

<sup>20</sup> So auch M a m a t e y / L u ž a 1980, 75. — Undifferenziert hier: Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 24: „Ebenso bunt wie bei den Tschechen und Slowaken war das Bild im Lager der übrigen Nationen.“

<sup>21</sup> Z. B. Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 20. — Lipscher 1979, 119. — Wil-lars, Christian: (al. Oswald von Kostrba-Skalitzky): Die böhmische Zitadelle. ČSR — Schicksal einer Staatsidee: Abrechnung und Ausblick. Wien-München 1965, 259.

<sup>22</sup> Die Einschränkung „relativ“ erscheint notwendig, weil sich aus den großen Parteien — meist wegen persönlicher Streitigkeiten — immer wieder kleinere Gruppen absonderten und sich — nach Wahlniederlagen — dann einer anderen Partei anschlossen.

Diese relative Stabilität zeigt sich auch in der Tatsache, daß die wechselnden Regierungskoalitionen stets einen festen Kern von tschechischen Parteien besaßen: die Agrarier, die nationalen Sozialisten und die Christlich-Sozialen, meist auch die Sozialdemokraten<sup>23</sup>. Dazu treten andere Parteien, die wie die tschechischen Nationaldemokraten in der nationalen Umbruchphase die Regierung geleitet hatten, dann in einigen Kabinetten vertreten waren und allmählich in die Opposition drängten (ab 1934)<sup>24</sup>, oder Parteien der Minderheiten — die deutschen Pendantparteien von 1926 bis 1938<sup>25</sup> und zeitweise die Slowaken<sup>26</sup>.

Überträgt man diese Beobachtung auf das zunächst verwirrende Bild von 18 verschiedenen Regierungen<sup>27</sup>, so läßt sich auch da hinter der Vielfalt eine überraschende Stabilität aufdecken. Nach der ersten allnationalen Regierung unter dem Nationaldemokraten Kramář fallen die insgesamt drei Beamtenkabinette auf, die man als außerparlamentarische Präsidialkabinette bezeichnen und denen auch die Regierung Beneš (September 1921 bis Oktober 1922) zugerechnet werden kann. Nach den beiden sozialdemokratisch geleiteten Kabinetten unter Tusar folgen ab 1922 fast ununterbrochen Regierungen unter agrarischer Leitung, in der Reihenfolge: Švehla, Udržal, Malypetr und Hodža. Anders ausgedrückt, mit Ausnahme des ersten revolutionären Kabinetts und der Präsidialkabinette stellte jeweils die stärkste Fraktion des Parlaments den Ministerpräsidenten. Ein starkes Ausschlagen des Pendels, das bei so häufigen Regierungswechseln zu erwarten wäre, ist also nicht festzustellen; demnach wurden Regierungskrisen eher durch persönliche Querelen und Krankheiten als durch unterschiedliche Sachprogramme der Parteien ausgelöst<sup>28</sup>.

<sup>23</sup> Mit Ausnahme der Jahre 1926—1929 stimmt die Feststellung von Lipscher 1979, 123: „Die rot-grüne Koalition war der Grundpfeiler von dreizehn parlamentarischen Regierungen.“

<sup>24</sup> Die tschechischen Nationaldemokraten sind die am schwersten zu fassende Partei: ursprünglich liberaler Richtung, orientierten sie sich immer mehr nach rechts und vertraten eine scharf antideutsche Politik; ihr Führer Kramář stand zu Masaryk und dessen „Burggruppe“ in Opposition; das hinderte sie aber nicht an der Beteiligung an mehreren Kabinetten und an der *pětka* (s. u.). Man wird sie am ehesten als eine latente Oppositionspartei bezeichnen dürfen, die sich ab 1934 offen zur Opposition bekannte. Vgl. W e n d e : Lexikon z. Gesch. d. Parteien 1981, 703 f. — L e m b e r g, Hans: Das Erbe des Liberalismus in der ČSR und die Nationaldemokratische Partei. In: Parteienstaat 1979, 59—78.

<sup>25</sup> Die deutschen Vertreter in der Regierung von 1926—1929: Spina (BdL) und Mayr-Harting (Christlich-soziale Volkspartei), von 1929—1938: Spina (BdL) und Czech (Sozialdemokratie), 1937—1938: Zajiček (Christlich-soziale Volkspartei).

<sup>26</sup> Die meisten tschechoslowakischen Parteien waren auch in der Slowakei vertreten; gegen diesen „Tschechoslowakismus“ opponierte die Slowakische Volkspartei unter Andrej Hlinka (Neugründung 19. 12. 1918). Hlinka löste sich 1921 von der Fraktionsgemeinschaft mit den Christlich-Sozialen, was den Eintritt in die Opposition bedeutete. 1927—1929 war die Partei an der Regierung beteiligt; W e n d e : Lexikon z. Gesch. d. Parteien 1981, 698. — Zu den Parteien in der Slowakei M a m a t e y / L u ž a 1980, 82—96. — Zu einer slowakischen Exilregierung in Polen: Gesandtschaftsberichte I, Dok. 212, A 42.

<sup>27</sup> Eine Auflistung: Lipscher 1979, 194.

<sup>28</sup> Das komplizierte Austarieren der Koalitionsparteien bedingte aber jeweils längere Regierungskrisen, die den Eindruck der Instabilität verstärken konnten; hierzu zahl-

Die Beobachtung der relativ stabilen politischen Verhältnisse wird auch auf einem anderen Gebiete bestätigt: der polyethnischen Struktur der Gesellschaft angemessen war ein kompliziertes Verhältniswahlrecht, das auch kleineren Gruppierungen die Chance einer parlamentarischen Vertretung gab<sup>29</sup>. Die Konsequenz daraus war das beschriebene Parteiensystem und der Zwang zu Koalitionsregierungen. Dem Demokratieverständnis von Westminster mag dieses kontinentale Modell zwar widersprechen, aber es ist in Mittel- und Westeuropa bis heute die Regel. Ein Spezifikum der tschechoslowakischen Demokratie war aber die Einrichtung von Koalitionsausschüssen, deren erster während des ersten Präsidialkabinetts unter Jan Černý im Herbst 1920 aus den fünf stärksten Fraktionen gebildet worden war und nach dieser Zahl benannt wurde — *pětka*<sup>30</sup>. Dieser Ausschuß sollte ursprünglich der außerparlamentarischen Regierung die parlamentarische Unterstützung sichern, wurde aber — mit Erweiterungen — zu einer ständigen Einrichtung. Diese *pětka* wird in der Literatur oft negativ eingeschätzt, weil sie angeblich das Parlament entmachtete und eine Cliquenwirtschaft installierte<sup>31</sup>. Die Schattenseite soll später noch behandelt werden, hier genüge aber der Hinweis, daß die Koalitionsausschüsse die Regierungen unterstützten, ja die Arbeit des Parlaments erst effektiv machten<sup>32</sup>. Kritikern dieser Einrichtung sei ein Blick auf den polnischen Sejm empfohlen, der sich in seiner Allmacht schließlich selbst entmannte.

Ein weiteres Element der politischen Stabilität war die Institution und die integrierende, zugleich auch umstrittene Person des Staatspräsidenten. Aus dem Streit zwischen dem Führer der Auslandsaktion im Weltkrieg, Masaryk, und der Symbolfigur des Widerstandes im Lande, Kramář, ging Masaryk eindeutig als Sieger hervor<sup>33</sup>. Masaryk setzte sich für die Verankerung einer starken Stellung des Prä-

---

reiche Hinweise in den Gesandtschaftsberichten. Erwähnt werden muß auch die Kontinuität in der Außenpolitik, die von Anbeginn in den Händen von Beneš lag, der sich stets auf den Präsidenten stützen konnte.

<sup>29</sup> M a m a t e y / L u ž a 1980, 75. — L i p s c h e r 1979, 68—70.

<sup>30</sup> Die *pětka* entstand während einer Erkrankung Masaryks aus formlosen Treffen des Agrariers Švehla, des Nationaldemokraten Rašín, des Sozialdemokraten Bechyně, des nationalen Sozialisten Stříbrný und des Christlich-Sozialen Šrámek; M a m a t e y / L u ž a 1980, 118. — H o e n s c h : Geschichte 1978, 42. — L i p s c h e r 1979, 117 f. — Die Mitgliederzahl des Koalitionsausschusses entsprach jeweils der Zahl der Regierungsparteien, so daß er bis zu acht anwuchs (*osmička*).

<sup>31</sup> Der Hauptvorwurf dabei ist, daß die Institution nicht in der Verfassung verankert war; aber auch die Parteien waren in ihrer herausragenden Stellung nicht in der Verfassung erwähnt; L i p s c h e r 1979, 110 f.

<sup>32</sup> Der Einfluß der Parteiführung auf die Kandidatenaufstellung war sehr groß, was der Disziplinierung der Fraktionen diente; im Parlament herrschte bei Abstimmungen Fraktionszwang. W e n d e : Lexikon z. Gesch. d. Parteien 1981, 673. — L i p s c h e r 1979, 62, 113 f.

<sup>33</sup> Ziemlich unkritisch hier M a m a t e y / L u ž a 1980, 96—99. — Ausgewogen: S l a p n i c k a, Helmut: Die Rechtsstellung des Präsidenten der Republik nach der Verfassungsurkunde und in der politischen Wirklichkeit. In: Die „Burg“ II 1974, 9—29. In diesem Streit spielen auch die Memoiren der beiden Auslandsvertreter eine innenpolitische Rolle: M a s a r y k, Thomas G.: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen. 1914—1918. Berlin 1928. — B e n e š, Edvard: Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution. Berlin 1928. — Der

sidenten ein und füllte die Position in der Weise aus, daß er in den Parteienstreit ausgleichend eingriff<sup>34</sup>. Inwieweit mit dem Rücktritt des 85jährigen Masaryk im Spätherbst 1935 und der Wahl seines Nachfolgers Edvard Beneš hier eine Änderung eintrat, wird noch aufzugreifen sein.

Der für die Stabilität des Staates wichtige Faktor der Sozialgesetzgebung schließlich kann hier nur in Stichworten umrissen werden: die gesetzliche Verankerung des Achtstundenarbeitstages, bezahlte Urlaubstage, „Gesetze gegen den Wohnungswucher, das Verbot der Kinder- und Nachtarbeit, die Errichtung von Betriebsausschüssen, die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Arbeiter, der Urlaubsversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung“<sup>35</sup> wurden noch von der Revolutionären Nationalversammlung verabschiedet; die Bodenreform und die Aufwendungen für Bibliotheken, Schulen und Hochschulen seien nur erwähnt.

Um die Argumentation hier aus Zeitgründen abzukürzen, sei festgehalten, daß die tschechoslowakische Demokratie in ihren politischen und sozialen Strukturen und Institutionen eine für das damalige Europa beeindruckende Stabilität aufwies. Diese Leistungsbilanz bedarf aber einiger Korrekturen, die unter dem Stichwort der Belastungen der Demokratie einzuordnen sind.

Die Gesellschaft der Tschechoslowakei war in mehrfacher Hinsicht gespalten. Die Reißlinie entlang der Sprachgrenze ist bereits angeführt worden; die Beherrschung der „tschechoslowakischen Sprache“ (in dieser Formulierung ein Kunstprodukt) verschaffte den einen Vorteile<sup>36</sup>, wie deren Unkenntnis anderen tägliche Ärgernisse und Nachteile bis hin zur Entlassung aus dem Dienst brachte<sup>37</sup>; andererseits bedeutete die Kenntnis der Staatssprache Anteil an der Herrschaft — so wurde es jedenfalls in weiten Kreisen auf beiden Seiten empfunden. Daneben gab es aber auch andere Bruchlinien, die die Sprachenfrage in den Hintergrund treten lassen oder sie auch verstärken konnten, je nachdem, ob eine Koalition von Interessenvertretern über die Sprachgrenze hinweg möglich war oder nicht<sup>38</sup>. Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft standen oft unvermittelt nebeneinander, auch wenn in Randzonen die kleinen Häusler zugleich Industriearbeiter sein mochten. Auf dem Lande hatten Landarbeiter auf den großen Latifundien andere Interessen als der

---

Streit zwischen Masaryk und Kramář erreichte zwar nicht die Dimension des ähnlich gelagerten Konfliktes zwischen Józef Piłsudski und Roman Dmowski in Polen, bewirkte aber, daß die Nationaldemokratie — trotz Beteiligung an mehreren Regierungen — zur „Burg“-Gruppe in Opposition stand, s. oben Anm. 24. Zu Masaryks Einstellung zu den Nationaldemokraten: Gesandtschaftsbericht I, Dok. 71.

<sup>34</sup> Sein Eingreifen in die Verfassungsdiskussion: Lipscher 1979, 70—75. Ausländische Berichterstatter haben ihn einen „Ersatzmonarchen“ genannt, Belege demnächst in: Gesandtschaftsberichte II.

<sup>35</sup> Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 13; dieses Thema würde eine gesonderte Abhandlung verdienen.

<sup>36</sup> Zum Sprachenrecht s. Lipscher 1979, 53—61.

<sup>37</sup> Zahlreiche Hinweise in: Gesandtschaftsberichte I.

<sup>38</sup> Idealisierend hier M a m a t e y / L u ž a 1980, 51—55; vgl. dagegen die Gesandtschaftsberichte I.

bäuerliche Mittelstand oder der adelige Großgrundbesitzer; in den Städten hob sich das Großbürgertum vom Kleinbürgertum ab; schließlich bestimmte für einen Teil der Gesellschaft die katholische Religion die Lebensrichtlinien, während aggressive laizistische Gruppen darin die Fortsetzung österreichischer Lebensformen bekämpften. Fast alle genannten Gruppierungen fanden sich in bestimmten Parteien wieder; die Parteien wuchsen also aus einer stark politisierten und leicht erregbaren Gesellschaft heraus und verstärkten mit der Artikulation der unterschiedlichen Interessen die gesellschaftlichen Konflikte; die Parteien waren daher zugleich ein Spiegel der Gesellschaft und ein Raster, das dieser Gesellschaft scharfe Konturen verlieh.

Diese Politisierung, ja Parteipolitisierung der Gesellschaft zeigt sich einmal in den ziemlich konstanten Wahlergebnissen und zum anderen in einer erstaunlichen Organisationsdichte, die für einige Parteien in letzter Zeit herausgearbeitet worden ist<sup>39</sup>. Die Sozialdemokraten, die nationalen Sozialisten und insbesondere die Agrarier auf beiden Seiten der Sprachgrenze hatten ihre Mitglieder und Sympathisanten in einem engmaschigen Netz erfaßt und organisierten deren wirtschaftliche, soziale und private Bedürfnisse. Sie durchdrangen auch andere Organisationen wie Gewerkschaften<sup>40</sup>, Berufsverbände und Vereine. Nach außen offenbarten sich diese Verhältnisse auch im Pressewesen. Die Presse war, mit wenigen Ausnahmen, einzelnen Parteien zugeordnet<sup>41</sup>, mit regionalen Abwandlungen. Selbst der Versuch einer überregionalen Zeitung liberaler Richtung, der Tribuna in Brünn, erhielt dann den Stempel aufgedrückt, dem jüdischen Kapital zugeordnet zu sein<sup>42</sup>. In dieser Parteierrschaft wird eine Tendenz zur Versteinerung der politischen Fronten sichtbar, gewissermaßen eine schwache Parallelerscheinung zum niederländischen Begriff des „verzuiling“<sup>43</sup>. Das Ausbrechen aus diesem System, etwa die übernationale Organisation der Kommunisten, die Eigenorganisation der Slowaken und später besonders die Sudetendeutsche Heimatfront (SHF) und die Sudetendeutsche Partei (SdP), bedeutete jeweils eine starke Erschütterung des Parteiwesens wie der Gesellschaft.

Der Einfluß der Parteien auf die Gesellschaft erhält noch eine weitere Dimension, wenn man den erwähnten Zwang zu Regierungskoalitionen bedenkt. Schon vor der Gründung des Staates hatte es eine Koalition von tschechischen Parteien gegeben, deren führende Persönlichkeiten nach dem Umsturz den neuen Staat organisierten<sup>44</sup>. Dies bedingte nicht nur Teilhabe an der Macht, sondern auch Anspruch auf Erbhöfe und ein Machtmonopol über den Staat, entsprechend dem Gewicht der Partei nach Mandaten. Es nimmt daher nicht wunder, daß gerade dieser Aspekt der

<sup>39</sup> Bosl: Parteienstaat 1979. — Linz, Norbert: Der Bund der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Struktur und Politik einer deutschen Partei in der Aufbauphase. München-Wien 1982 (Veröffentl. des Collegium Carolinum 39).

<sup>40</sup> Die Gewerkschaften waren keine eigenständige politische Kraft, sondern mehrheitlich den Sozialdemokraten oder den Kommunisten zugeordnet.

<sup>41</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 204, besonders S. 513—515.

<sup>42</sup> Die deutschsprachige jüdische Intelligenz hatte am ehesten die Tendenz, zwischen den Sprachgruppen Brücken zu schlagen; vgl. dazu zahlreiche Hinweise in: Gesandtschaftsberichte I.

<sup>43</sup> W e n d e: Lexikon z. Gesch. d. Parteien 1981, 405.

<sup>44</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. A 2, A 15, 2.



Koalitionsausschüsse den schärfsten Widerspruch hervorrief, so z. B. als die Partei der Nationaldemokraten, die das gebildete und wohlhabende Bürgertum und große Teile der tschechischen Intelligenz und der höheren Staatsbeamten vertrat, mit dem Ausscheiden ihres Parteiführers Kramář aus der Regierung und dem Rückgang der Mandate ständig an politischem Einfluß verlor<sup>45</sup>.

Anteil an der Regierung und Anteil an der Macht bedeutete, den eigenen Anhängern Vorteile zu verschaffen, wie überall in der Politik. Dies zeigte sich besonders deutlich, als 1926 über die Agrarzölle und die Einführung der staatlichen Priesterbesoldung (Kongrua) die agrarischen und klerikalen Parteien der Tschechen und Deutschen zu einer ersten übernationalen Regierung zusammenfanden<sup>46</sup>. Nun ist heute Allgemeingut, daß sich in einer Demokratie Interessengruppen lautstark bemerkbar machen und sich durchzusetzen versuchen, wobei das Allgemeinwohl nicht unbedingt im Mittelpunkt stehen muß; in der jungen tschechoslowakischen Republik kontrastierte diese an sich normale Form der Machtausübung mit der Propagierung hehrer demokratischer Ideale, was ein Gutteil der Leistung des Staatspräsidenten Masaryk ausmachte. So ist festzustellen, daß die Kritik am Machtmonopol der Regierungsparteien am engagiertesten von jenen vorgetragen wurde, die keinen Anteil daran hatten, und daß die Kritik an diesem „Selbstbedienungsladen“ in moralische oder juristische Kategorien gekleidet wurde.

Von dieser Sachlage her dürfte verständlich sein, daß Opposition gegen das Machtkartell der Koalitionsparteien rasch grundsätzlichen Charakter annahm und sich in Formen entlud, die parlamentarischem Brauch widersprechen<sup>47</sup>. Die Opposition jener, die keine Chance der Teilhabe an der Macht sahen — Kommunisten, deutsche Nationalisten und slowakische Autonomisten — oder die sich zu wenig berücksichtigt glaubten — Nationaldemokraten —, wurde in anspruchsvolle Formulierungen gekleidet und drängte zur Obstruktion, selbst zu außerparlamentarischen Aktionen<sup>48</sup>. Hier verband sich parteipolitische Opposition mit den Ansprüchen politischer Verbände, die ebenfalls ihre Interessen durchsetzen wollten<sup>49</sup>. So hatte z. B. die nationale Turnerorganisation Sokol beim Umsturz 1918 Polizeifunktionen übernommen<sup>50</sup>, woraufhin der Anspruch, Hüterin der tschechischen Traditionen zu sein, später in manchen Provokationen gegen die Minderheiten handgreiflich demonstriert wurde. Ähnliches trifft für die Legionäre zu, die im Ausland ihren Anteil am Entstehen oder an der internationalen Stellung der Republik erkämpft hatten und daraus den Anspruch ableiteten, eine Vorzugsbehandlung zu erfahren und ein nationalrevolutionäres Element zu bleiben<sup>51</sup>. Dazu kamen weitere nationale

<sup>45</sup> Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 22.

<sup>46</sup> Über den Einfluß der Außenpolitik im Zusammenhang mit den Locarno-Verträgen s. Brüg el 1967, Kap. 8. — Alexander, Manfred: Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge. München-Wien 1970, Kap. 13 (Veröffentl. des Collegium Carolinum 24).

<sup>47</sup> Zur parlamentarischen Stellung der Opposition s. Lipscher 1979, 129—133.

<sup>48</sup> Mit anderem Ansatz hierzu Alexander: Die „Burg“ 1974.

<sup>49</sup> Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 27 f.

<sup>50</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 1; zum folgenden dort zahlreiche Einzelberichte, z. B. Dok. 201, 206.

<sup>51</sup> Dazu demnächst eine gesonderte Abhandlung des Verf.

Verbände und sogar eine tschechoslowakische Kirche, die sich auf Jan Hus berief und die Bindungen an Rom durchtrennte<sup>52</sup>.

Ist auch an dem bisher Dargestellten manches noch als Gärungsprozeß einer überschwenglichen, jungen nationalen Gesellschaft zu erklären, so ist in den letztgenannten Belastungen der Demokratie bereits die Schwelle überschritten, jenseits derer man von Gefährdungen sprechen kann. Dies gilt insbesondere dort, wo das Potential an Gewalt der Straße und die halbherzigen Reaktionen der Regierung die Rechtssicherheit untergruben<sup>53</sup>. Zum Unglück für den Gesamtstaat schien sich dabei die Regierung mit der nationaltschechischen Komponente zu identifizieren. Während etwa die Gewaltmaßnahmen der Kommunisten durch die Staatsmacht unterbunden wurden — Besetzung der sozialdemokratischen Druckerei des *Právo lidu*<sup>54</sup> —, blieb die wilde Enteignung des deutschen Ständetheaters in Prag durch nationalistische Demonstranten ohne Ahndung; ja, das Landesgericht Prag gab der nationalen Stimmung nach und wertete die Gewaltakte als rechtes<sup>55</sup>. Hilferufe deutscher Gemeinden gegen nationale Veranstaltungen mit eindeutig provokativem Charakter — vom Sokol, den Legionären oder anderen Verbänden veranstaltet — fanden keinen Widerhall<sup>56</sup>. Es ist nicht allein der Ausbruch von Gewalt, der hier Bitterkeit und Empörung weckte, sondern vielmehr die Identifikation der Regierung und — über die Rechtsprechung — des ganzen Staates mit solchen Gewaltakten. Dabei bedeutete es auch keine Milderung, wenn der Staatspräsident über solche Gewaltakte empört war<sup>57</sup>, wenn die Regierungsvertreter kleinlaut den Rechtsbruch herunterzuspielen versuchten: angesichts solcher Hilflosigkeit gegenüber ungezügelter Gewalt wurde die schon vorhandene Opposition vieler Deutschen gegen den Staat und seine Ordnung noch verstärkt. Es kommt hinzu, daß man in der fehlenden Rechtssicherheit keine grundsätzliche Schwäche des Staates sehen darf, denn angesichts des Attentates auf den ehemaligen Finanzminister Rašín erwies sich die Regierung zu energischem Handeln als durchaus fähig und produzierte schnell ein Staatsschutzgesetz<sup>58</sup>; vielmehr handelte es sich hier um einen Machtkampf zwischen dem Regierungskartell und der nationaltschechischen Opposition, die Aktionen der Straße deckte oder provozierte, jedenfalls aber benützte, um die bestehenden Machtstrukturen zu verändern<sup>59</sup>. Nicht die kleine faschistische Partei um den Legionär

<sup>52</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 64, 87, 162. — Urban, Rudolf: Die Tschechoslowakische Hussitische Kirche. Marburg 1973.

<sup>53</sup> Zahlreiche Hinweise auf Ausschreitungen und Straßenunruhen in den ersten Jahren, die gegen Deutsche und Juden gerichtet waren, in: Gesandtschaftsberichte I; zur Haltung der Regierung dort Dok. 145.

<sup>54</sup> Dabei konnten die Kommunisten geltend machen, daß ihnen als ehemaligen Sozialdemokraten ein Recht auf Mitbesitz zustand, vgl. Gesandtschaftsberichte I, Dok. 152.

<sup>55</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 144, 145, 150, 168, 192.

<sup>56</sup> Zahlreiche Einzelberichte in: Gesandtschaftsberichte I.

<sup>57</sup> Z. B. seine Weigerung, ins tschechische Nationaltheater zu gehen, ehe das Ständetheater nicht zurückgegeben sei; Slápnicka: Die „Burg“ II 1974, 26 Anm. 75.

<sup>58</sup> Rašín starb am 12. Februar 1923 an den Folgen eines Attentats; dazu demnächst: Gesandtschaftsberichte II.

<sup>59</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 70, A 15. — Vgl. auch den Streit um die Insignien der Prager Universität im Jahre 1934 in: Die Teilung der Prager Universität 1882 und die

Gajda konnte die Demokratie in der Tschechoslowakei wirklich gefährden<sup>60</sup>; sondern die Mobilisierung außerparlamentarischer Kräfte zu Parteizwecken, die Billigung von Gewalt und Rechtsbruch nagten an den Wurzeln der Demokratie in der Tschechoslowakischen Republik.

Dabei waren durchaus starke integrative Kräfte vorhanden, um Staat und Demokratie zu verteidigen. An ihrer Spitze muß wieder Masaryk genannt werden, der nicht weltabgewandt auf dem Hradschin residierte, sondern sich aktiv in die Politik einschaltete. Die Beamtenkabinette und die Berufung der Ministerpräsidenten waren sein Werk, auch wenn er statt den Agrariern lieber den Sozialdemokraten die Regierungsführung anvertraut hätte<sup>61</sup>. Um sich herum hatte Masaryk einen informellen Kreis von führenden Personen aus Politik, Wirtschaft und Kultur geschart, der unter dem Stichwort „Burg“ teils idealisiert, teils hart attackiert wurde<sup>62</sup>. Masaryk verstand sich als Vertreter des Gesamtstaates, der die Volksgruppen miteinander versöhnen wollte, und doch war er auch Partei, wie sein unglückliches Wort bei der Wiedereinreise nach dem Umsturz bewies, die Deutschen seien als Immigranten und Kolonisten ins Land gekommen<sup>63</sup>. Masaryk wirkte als Prediger der Ideen von Humanität und Demokratie<sup>64</sup>, und so schuf er in der jungen Bevölkerung jenen Maßstab der Erwartungen, an dem gemessen die tatsächliche Prager Politik immer zu kurz sein mußte. Die Diskrepanz zwischen den Idealen der Burg und dem Streit auf dem Marktplatz der Leidenschaften wurde in der Tschechoslowakischen Republik nie geschlossen, ja, sie vergrößerte sich stetig.

Dies wurde besonders deutlich, als Masaryk seinem Nachfolger Beneš Platz machte. Dem Philosophen folgte ein taktisch geschickter Politiker, der in der Außenpolitik eine gute Figur gemacht hatte<sup>65</sup>, dessen Taktieren aber in den schwieriger werdenden außen- und innenpolitischen Bedingungen nach 1935 nicht mehr ausreichte. Beneš hatte sich in seiner Außenpolitik von dem Grundsatz leiten lassen, „die Staaten erhalten sich durch jene Ideale, aus denen sie geboren wurden“<sup>66</sup>, und er hatte damit das Bündnis mit Frankreich gegen alle Kritik aufrechterhalten; für die Innenpolitik bedeutete diese Devise jedoch die Fortsetzung und Verstärkung der nationalen Gegensätze, und zwar gegenüber Deutschen wie Slowaken. Nicht die Tatsache, daß Beneš die Integrationskraft eines Masaryk abging, trug

---

intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 26. bis 28. November 1982. München 1984.

<sup>60</sup> M a m a t e y / L u ž a 1980, 143 f. — W e n d e : Lexikon z. Gesch. d. Parteien 1981, 690 f. — L e m b e r g, Hans: Gefahrenmomente für die demokratische Staatsform der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen. Hrsg. v. Hans-Erich Volkman n. Marburg 1967, 103—123, hier 116.

<sup>61</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 131.

<sup>62</sup> M a m a t e y / L u ž a 1980, 98 f. — L i p s c h e r 1979, 133—148. — Die „Burg“. 2 Bde. München-Wien 1973 u. 1974.

<sup>63</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 44. — A l e x a n d e r : Die „Burg“ II 1974, 72.

<sup>64</sup> M a m a t e y / L u ž a 1980, 97 f.

<sup>65</sup> H o e n s c h, Jörg K.: Die „Burg“ und das außenpolitische Kalkül. In: Die „Burg“ II 1974, 31—57. — W a n d y c z, Piotr S.: Die Außenpolitik von Edvard Beneš 1918—1938. In: M a m a t e y / L u ž a 1980, 232—256.

<sup>66</sup> Aus Masaryks Abschiedsbotschaft am 14. Dezember 1935, Motto bei K l e p e t a ř 1937.

nämlich zur Gefährdung des Staates bei, sondern die mangelnde Lernfähigkeit im Umgang mit neuen Kräften, die die alten Methoden tschechischer Nationalisten kopierten und ihrerseits die Straße und die Leidenschaften der Menschen instrumentalisieren.

Neben der Institution des Staatspräsidenten müssen noch andere integrative Kräfte genannt werden: die Armee, die Beamtenschaft und die Kirche. Die Armee<sup>67</sup> rekrutierte sich aus den Staatsbürgern aller Sprachgruppen und wahrte auch in den unteren Offiziersrängen eine relative Offenheit. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Einberufung deutscher Rekruten<sup>68</sup> normalisierte sich das Verhältnis, soweit nicht bewußte Provokation dem entgegenstand. Damit wuchs eine Staatsbejahung, die sich zunehmend gegen die französische Bevormundung wehrte und 1938 die Armee zur Verteidigung des Staates gegen Hitler bereit machte.

Zwiespältiger war demgegenüber die Situation in der Beamtenschaft. In ihren unteren Rängen schlug der nationale Gedanke gerade in den Anfangsjahren der Republik rasch in pure Schikane um, wenn Staatsbürger anderer als der tschechischen Sprache mit Amtspersonen konfrontiert wurden. Dieser nationale Hochmut verbitterte alle Minderheiten, an ihrer Spitze die Slowaken, während die Deutschen ebensoviel Anstoß an der Neigung zur Korruption nahmen. Die Beamten der oberen Verwaltungsränge standen in erheblichem Umfang im Umkreis der Nationaldemokraten und damit in latenter Opposition zur Regierung und zur „Burg“. Diese betrieben freilich keine Obstruktion gegen Regierungsverordnungen, sondern verstärkten oft durch übereifriges Weiterdenken die nationaltschechische Komponente, wo die Regierung vorsichtiger taktiert hatte<sup>69</sup>.

Ambivalent war auch die Stellung der katholischen Kirche<sup>70</sup>. Zwar war der deutschnationale Erzbischof Huyn nach dem Umsturz von dem Tschechen Kordač abgelöst worden, aber in der Einstellung der tschechischen Bevölkerung und der Regierung zur katholischen Kirche gingen zahlreiche Legenden, Vorurteile und ideologische Forderungen eine unheilige Allianz ein<sup>71</sup>. Viele Tschechen sahen in der

<sup>67</sup> K o s t r b a - S k a l i t z k y, Oswald: Bewaffnete Ohnmacht. Die tschechoslowakische Armee 1918—1938. In: Parteienstaat 1979, 439—527.

<sup>68</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 125, 138 u. a.

<sup>69</sup> Als Beispiel mag hier die Bodenreform dienen, die als sozialpolitische Maßnahme gerechtfertigt war, aber in der Ausführung oft als Revanche für die Niederlage am Weißen Berge 1620 verstanden wurde. Der Leiter des Amtes, der Agrarier Karel Viškovský, konnte sein Amt ohne wesentliche Einflußnahme von Regierung und Parlament ausüben. H e u m o s, Peter: Die Entwicklung organisierter agrarischer Interessen in den böhmischen Ländern und in der ČSR. Zur Entstehung und Machtstellung der Agrarpartei 1873—1938. In: Parteienstaat 1979, 323—376, hier 346 Anm. 167. — M a m a t e y / L u ŷ a 1980, 99—101. — Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 50. — Gesandtschaftsberichte I, Dok. 191; hierzu werden die Folgebände der Gesandtschaftsberichte noch viel Material bringen.

<sup>70</sup> Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder IV 1970, 41—45. — P e c h á ě k, Jaroslav: Die Rolle des politischen Katholizismus in der ČSR. In: Parteienstaat 1979, 259—269.

<sup>71</sup> Dazu zahlreiche Belege in: Gesandtschaftsberichte I. — Ein hübsches Beispiel für eine prokatholische Legendenbildung: A l e x a n d e r, Manfred: Slovakia in the Files of the German Foreign Office, 1918—1921. In: Slovak Politics. Essays on Slovak History in honour of Joseph M. Kirschbaum. Hrsg. v. Stanislav J. K i r s c h b a u m. Cleveland/Ohio-Rom 1983 (Slovak Institute), 68—156, hier Dok. 13, S. 124 f.

Kirche die Verkörperung des alten Österreich, von dem man sich wie von einem Trauma nie lösen konnte<sup>72</sup>; der Reformator Hus wurde für romferne Gläubige und Ungläubige zur Symbolfigur gegen den Ultramontanismus<sup>73</sup>. In Mähren und in der Slowakei war die Stimmung hingegen eine andere. In Mähren gewann der politische Katholizismus unter der Parteiführung des Geistlichen Šrámek eine solche Unterstützung durch die Wähler, daß dieser 1921 in das Regierungskartell aufgenommen wurde und erfolgreich laizistische Gesetzesinitiativen verhindern konnte<sup>74</sup>; in der Slowakei verbanden sich nationale und kirchliche Politik in der Person des politischen Geistlichen Andrej Hlinka, der im Laufe der Jahre immer stärker auf eine Lösung von Prag drängte<sup>75</sup>.

Diese — wegen der Kürze unvollständige — Übersicht sollte verdeutlichen, daß die tschechoslowakische Demokratie durchaus über Integrationskräfte verfügte; sie waren zwar nicht schwach, erschienen aber oft als schwach, denn sie blieben, im Rückblick auf die ganze Zeit der Republik gesehen, zu sehr im Hintergrund. Seit der Mitte der zwanziger Jahre war das politische System stabilisiert; die Regierungsbeteiligung zweier Parteien der Deutschen seit Oktober 1926 hatte über die tiefste Kluft in der Gesellschaft eine Brücke geschlagen. Auf die Aufbauphase folgte eine Konsolidierungsphase, die auch eine Gewöhnung an den neuen Staat und an die demokratischen Verhaltensweisen mit sich brachte. Besonders in der jungen Generation wuchs ein neues Selbstverständnis heran, das in böhmischem Heimatbewußtsein auch dem tschechischen Nachbarn einen Platz einräumte und über den Erwerb der nötigen Sprachkenntnisse den Weg der Verständigung ermöglichte. Die Jugendbewegung und noch mehr die religiös motivierte bündische Bewegung (Staffelsteiner u. a.) suchte sich — bei aller Betonung nationaldeutscher Gesinnung — in der Tschechoslowakei einzurichten<sup>76</sup>. Es gehört zu den tragischen Seiten der späteren Entwicklung, daß diese positiven Faktoren später selbst in der Erinnerung der Beteiligten verschüttet wurden.

Hier ist nämlich noch der Faktor Zeit einzubringen. Masaryk hat einmal gesagt, daß „noch 30 Jahre einer ruhigen, vernünftigen und arbeitsreichen Entwicklung“ nötig seien, „und dann ist unser Staat gesichert“<sup>77</sup>. Diese Zeit war dem Staat aber nicht vergönnt. Cum grano salis kann man feststellen, daß nur das erste Jahrzehnt eine sich verstärkende Tendenz zur Konsolidierung aufwies, während mit der Weltwirtschaftskrise das zweite Jahrzehnt von zunehmenden Spannungen und

<sup>72</sup> Masaryk selbst hat für diesen Prozeß den Begriff der „Entösterreicherung“ geprägt; Šl a p n i c k a : Die „Burg“ II 1974, 12.

<sup>73</sup> Gesandtschaftsberichte I, Dok. 64, 87.

<sup>74</sup> H o e n s c h : Geschichte 1978, 42. — Gesandtschaftsberichte I, Dok. 151.

<sup>75</sup> H o e n s c h , Jörg K.: Die Slowakische Volkspartei Hlinkas. In: Parteienstaat 1979, 305—322.

<sup>76</sup> H u b e r , Kurt A.: Das religiös-kirchliche Leben der Sudetendeutschen 1918—1938. In: Kultur und Gesellschaft in der Tschechoslowakischen Republik. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 23. bis 25. November 1979 und vom 28. bis 30. November 1980. Hrsg. von Karl B o s l und Ferdinand S e i b t. München-Wien 1982, 199—226, hier 209—216.

<sup>77</sup> Zitiert nach W i l l a r s 1965, 260.

durch Polarisierung überschattet wurde und schließlich im dritten Jahrzehnt die Agonie der böhmischen Geschichte mit dem Prager Coup von 1948 endete.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise rissen ab 1931/32, als die Wucht der Ereignisse auch die Tschechoslowakei traf<sup>78</sup>, neuerlich die nationalen Gräben in der Gesellschaft auf. Die Not weckte in vielen Deutschen Mißtrauen gegenüber den Organen des Staates und verführte zu nationaler Interpretation sozialer Probleme. Die staatliche Wirtschaftsförderung begünstigte in erster Linie die Großindustrie von Kohle und Stahl, und die lag zum größten Teil im tschechischen Sprachgebiet; dagegen war eine Förderung der meist mittelständischen deutschen Industrie sehr viel schwerer möglich. Um es plakativ zu sagen: Gewehre der Škodawerke konnte man auf Halde produzieren, nicht aber die Glaswaren aus Haida. Die Verquickung der sozialen mit der nationalen Bruchlinie bewirkte eine neue Staatsverdrossenheit und belebte die desintegrativen Kräfte, d. h. den tschechischen Nationalismus, die slowakische Autonomiebewegung und insbesondere die deutsch-nationale Sammlungsbewegung. Die Formen der politischen Auseinandersetzung wurden nun rüder; die Straße als Platz für Aufmärsche und gewaltsame Aktionen drängte das Parlament in den Hintergrund. Gegenüber den maximalistischen Forderungen gerieten das Kartell der Parteien, die Regierung und der Staatspräsident in die Defensive, und sie sahen sich Gegnern gegenüber, die die demokratischen Spielregeln verabscheuten und verlachten. Mit solchen demokratischen Spielregeln war Henlein ab 1936 nicht mehr zu disziplinieren<sup>79</sup>, ebensowenig wie Hlinka und seine Erben<sup>80</sup> sich noch mit einer Regierungsbeteiligung zufrieden gegeben hätten. Beneš und die Regierung hatten dieser Herausforderung gegenüber weder den Mut noch die Kraft, neue Lösungen zu suchen.

Es ist im nachhinein müßig, den „point of no return“ zu suchen, jenseits dessen die Ereignisse mit Eigengewicht dem Chaos und dem Ende entgegentreiben. Jedoch sei noch einmal betont, daß alle divergierenden Kräfte zusammengenommen den Staat und die demokratische Verfassung nicht sprengen konnten<sup>81</sup>, daß zum Untergang der Demokratie der Einsatz von Druck und Erpressung des reichsdeutschen Nachbarn nötig war, der auch wesentliche Teile des verbalen Propagandamaterials gegen diese Einrichtungen geliefert hatte.

Aber ein letzter Gedanke sei hier vorgetragen. Vom Ende her gesehen, erwies sich die Struktur der Tschechoslowakischen Republik als eines *tschechischen* Nationalstaates als die größte Gefährdung der Demokratie. Beneš hat die Schwachstellen durchaus erkannt, als er im Memoir III für die Pariser Friedenskonferenz behauptete, daß die politischen Verhältnisse ähnlich denen der Schweiz sein würden<sup>82</sup>. In Prag las man das später anders; denn mit dem Schlagwort des „Ent-

<sup>78</sup> M a m a t e y / L u ž a 1980, 213. — Hb. d. Gesch. d. böhm. Länder 1970, 66—69. — H o e n s c h : Geschichte 1978, 53 f.

<sup>79</sup> S m e l s e r, Ronald: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich. 1933—1938. Von der Volkstumspolitik zur Nationalsozialistischen Außenpolitik. München-Wien 1980, Kap. 6. (Veröffentl. des Collegium Carolinum 36).

<sup>80</sup> Hlinka starb am 16. August 1938.

<sup>81</sup> M a m a t e y / L u ž a 1980, 108.

<sup>82</sup> R a s c h h o f e r, Hermann (Hrsg.): Die tschechoslowakischen Denkschriften für die

österreichern“ wollte man die Vergangenheit abtun und mit dem zentralisierten Staat die mißliebige polyethnische Struktur der Gesellschaft unterlaufen. Was aber in einer Provinzhauptstadt Prag vielleicht möglich gewesen wäre, wo die Deutschen noch Wien als höhere Instanz hätten anrufen können, war in der Hauptstadt Prag ein gefährlicher Rückfall in Praktiken, unter denen die Tschechen im Habsburger Staat selbst gelitten hatten. Für die Deutschen in der Tschechoslowakei gab es weder im Völkerbund noch in Wien eine Appellationsinstanz<sup>83</sup>; und als sich Berlin schließlich diesen Rang anmaßte, wurde es Richter und Henker zugleich<sup>84</sup>. Es trifft zwar zu, daß die Angehörigen der Minderheiten in der Tschechoslowakei alle politischen Rechte besaßen und keiner systematischen Unterdrückung wie etwa in Rumänien ausgesetzt waren; aber sie hatten das Gefühl der Zweitrangigkeit und lebten in ständiger Irritation dem tschechischen Herrschaftsanspruch gegenüber, der oft in kleinlicher und erniedrigender Weise zelebriert wurde<sup>85</sup>. Gegen den tschechischen Nationalismus war sich der slowakische Bauer<sup>86</sup> mit dem deutschen Fabrikanten, der ungarische Landarbeiter mit dem polnischen Bergmann einig, mochten sie auch sonst Welten trennen. Nicht die Minderheiten an sich stellten das Hauptproblem für den Staat und die Demokratie in der Tschechoslowakischen Republik dar, sondern deren Nichtbeachtung in der Verfassung, die ihnen lokale oder regionale Freiräume hätte zugestehen sollen<sup>87</sup>.

Insgesamt betrachtet erwies sich die Demokratie in der Tschechoslowakei als relativ stabil, was die reichsdeutschen Emigranten oft besser als die Einheimischen zu schätzen wußten. Aber diese Demokratie mit vielen uns heute so vertrauten Zügen von Interessenkämpfen, Polemiken und inneren Spannungen wirkt doch eigentümlich glanzlos und wenig attraktiv. Es war eine arbeitsfähige politische Staatsordnung mit spezifischen Schattenseiten, die nur wenig den idealisierenden Vorstellungen ihrer Begründer entsprach. Nach ihrem Untergang wurde weithin vergessen, daß es sich um eine wehrhafte Demokratie gehandelt hatte, die zu ihrer Zeit eine vorbildliche Sozialpolitik betrieben hatte; unterschätzt wurde der Freiraum für die Gestaltung des individuellen Lebens der Staatsbürger in rechtlichen

---

Friedenskonferenz von Paris 1919—1920. Berlin 1937, hier 100/101. — Vgl. dazu Br ü g e l 1967, 99—103.

<sup>83</sup> B u r i a n, Peter: Die Tschechoslowakei als Mitglied des Völkerbundes. In: Gleichgewicht — Revision — Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee am Tegernsee vom 27. bis 30. November 1975 und vom 22. bis 25. April 1976. Hrsg. v. Karl B o s l. München-Wien 1976, 183—200. — S c h m i d - E g g e r, Barbara: Völkerbund und Sudetendeutsche. 1920—1926. In: Ein Leben — drei Epochen. Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag. Im Auftrag der Ackermann-Gemeinde hrsg. und eingeleitet v. Horst G l a s s l und O t f r i d P u s t e j o v s k y. München (Selbstverlag) 1971, 385—415.

<sup>84</sup> Wie vorsichtig die Weimarer Republik dieses Problem behandelt hatte, s. A l e x a n d e r: Schiedsvertrag 1970, Kap. 13.

<sup>85</sup> Hierüber sind in den Folgebänden der Gesandtschaftsberichte noch zahlreiche Hinweise zu erwarten.

<sup>86</sup> Vgl. A l e x a n d e r: Slovakia 1983, 126.

<sup>87</sup> L i p s c h e r 1979, 50, 170—181.

Normen, die ringsum längst abgeschafft worden waren; verzerrt wurde demgegenüber das Ausmaß des nationalen Haders, den die Führer der demokratischen Institutionen oft instrumentalisierten, in seiner Sprengkraft verkannten und nie aus den Schlagzeilen brachten.

Vielleicht ist letzteres der Hauptgrund dafür, daß nach den deutschen Rechtsbrüchen seit 1938, nach Weltkrieg und Vertreibung und der kommunistischen Machtübernahme 1948 die Schatten der Jahre 1918 bis 1938 eine gerechte Würdigung der Leistungen der Demokratie in der Tschechoslowakischen Republik so erschwert haben.